



Bundesamt
für Familie und
zivilgesellschaftliche Aufgaben



FAQ zur Interessenbekundung

JUGEND STÄRKEN: Brücken in die Eigenständigkeit

Stand: 08. Februar 2022



Kofinanziert von der
Europäischen Union

Die Europäische Union fördert zusammen mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend das Programm „JUGEND STÄRKEN: Brücken in die Eigenständigkeit“ über den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF Plus) in Deutschland.

Inhalt

1	Allgemeine Fragen	5
1.1	Wer darf eine Interessenbekundung einreichen?	5
1.2	Wo kann die kommunale Koordinierungsstelle strukturell verankert werden?	5
1.3	Erfolgt eine Abgrenzung des ESF Plus-Programms „JUGEND STÄRKEN: Brücken in die Eigenständigkeit“ zum neuen Programm EhAP Plus „Eingliederung hilft gegen Ausgrenzung der am stärksten benachteiligten Personen“?	5
1.4	Die Nachbetreuung junger Volljähriger, die Coming-Back-Option und der Zuständigkeitsübergang auf andere Sozialleistungsträger werden in § 41 SGB VIII n.F. als gesetzliche Leistungen beschrieben. Können die modellhafte Erprobung dieser Pflichtleistungen sowie die Entwicklung eines Handlungsrahmens vor Ort auch Inhalt des ESF Plus-Programms sein?	5
1.5	Ist es möglich am Interessensbekundungsverfahren teilzunehmen und bei Berücksichtigung auch das Antragsverfahren zu durchlaufen mit der Festlegung, dass die Maßnahme erst zu einem späteren Zeitpunkt beginnt und auch entsprechend so kalkuliert wird?	6
1.6	Müssen alle (potenziellen) Weiterleitungsträger der Kommune über den Start des Interessensbekundungsverfahrens informiert werden?	6
1.7	Muss die Umsetzung der Projekte innerhalb des ESF Plus-Programms durch potenzielle Weiterleitungsträger öffentlich ausgeschrieben werden?	6
1.8	Kann das Jugendamt Teile des Vorhabens/das gesamte Vorhaben selber umsetzen?	6
1.9	Ab wann wird das ESF Plus-Programm JUST BEst umgesetzt?	6
1.10	Welchen Konkretisierungsgrad muss das Vorhabenkonzept haben?	6
1.11	Muss die Umsetzung des ESF Plus-Programms durch Weiterleitungsträger erfolgen?	6
1.12	Inwieweit spielt die regionale Verteilung bei der Vergabe der Fördermittel eine Rolle?	6
1.13	Gibt es Überlegungen die Interventionssätze für die Regionen bzw. die Zuordnung der Städte einmal zu überarbeiten?	7
1.14	Wann ist mit den Zu- oder Absagen zur Interessenbekundung zu rechnen? Wann beginnt die Antragstellung?	7
1.15	Kann eine Fristverlängerung zur Einreichung der Interessenbekundung beantragt werden?	7
1.16	Wo ist eine Übersichtskarte zu den Zielregionen (SeR/ÜR) zu finden?	7
2	Fachliche Fragen	7
2.1	Wie ist die Zielgruppe der „entkoppelten jungen Menschen“ definiert?	7
2.2	In welchem Alter können junge Menschen an den Angeboten von JUST BEst teilnehmen?	7
2.3	Im Vorhabenkonzept wird unter „3. Zielwerte“ ein Outputindikator abgefragt. Sind hier nur die jungen Volljährigen zu erfassen oder die Gesamtzahl der Teilnehmenden?	7
2.4	Wie können Gruppenmaßnahmen in JUST BEst aussehen?	8
2.5	Personalschlüssel	8
2.6	Können bereits bestehende Projektnamen aus dem ESF-Modellprogramm „JUGEND STÄRKEN im Quartier“ im neuen ESF Plus-Programm „JUGEND STÄRKEN: Brücken in die Eigenständigkeit“ beibehalten werden?	8
2.7	Muss das im Projektauftrag definierte Ziel „Junge Menschen in gesicherte Wohnverhältnisse zu bringen“ in allen Vorhaben, unabhängig von der gewählten Zielgruppe, verfolgt werden?	8

2.8	Inwieweit findet im Förderprogramm eine Abgrenzung zu stationären Jugendhilfeleistungen in den §§34,41,42 SGB VIII statt? Hier sind Betriebserlaubnisverfahren notwendig.	9
2.9	Welche "Förderlücken" nimmt/nahm der Fördermittelgeber in den Blick?	9
2.10	Gibt es bei der kommunalen Koordinierungsstelle einen minimalen Stellenanteil?	9
2.11	Kann die Tätigkeit der kommunalen Koordinierungsstelle zwischen mehreren Personen aufgeteilt werden?	9
2.12	Es gibt keine amtlichen Statistiken zu wohnungslosen jungen Menschen. Wie soll eine quantitative Darstellung im Vorhabenkonzept aussehen?	9
2.13	Wenn das Vorhaben nur in einer Kommune innerhalb des Landkreises umgesetzt werden soll, sollen dann die Zahlen/Indikatoren für den gesamten Landkreis oder nur dieser Kommune genannt werden?	9
2.14	Wie lange können die jungen Menschen im Rahmen des Case Managements und der Erprobung neuer Wohnformen betreut werden?	9
2.15	Ist im Programm auch ein Schwerpunkt auf Schulabsentismus möglich?	9
2.16	Wie ist mit der erforderlichen Zustimmung der Personensorgeberechtigten bzgl. Aufnahme in das Programm umzugehen?	10
2.17	Ist es schädlich im Vorhabenkonzept bei „Umsetzende Institution(en)“ N.N. einzutragen?	10
2.18	Können auch von „Entkopplung bedrohte“ junge Menschen unterstützt werden?	10
2.19	Wird es im Programm JUST BEst einen Ergebnisindikator geben, der festzulegen und zu erfüllen ist?	10
2.20	Müssen die jungen Menschen Einwilligungserklärungen unterschreiben, um in die elektronische Fallakte aufgenommen zu werden? In der aufsuchenden Jugendsozialarbeit ist dies, aufgrund der Kürze der Betreuungsdauer, teilweise nicht möglich.	10
2.21	Kann es sein, dass der Outputindikator (Zielwert) nach Antragstellung vom BAFzA nach oben korrigiert wird?	10
2.22	Muss der Erstkontakt immer durch den jungen Menschen erfolgen oder können sich auch andere Personen (Eltern, Lehrkräfte etc.) an das Projektpersonal wenden?	10
2.23	Ist eine Vermittlung in das Programm durch den ASD möglich?	11
2.24	Können, insbesondere bei minderjährigen Teilnehmenden, auch Eltern- und Familiengespräche Bestandteil der Betreuung sein?	11
2.25	Können auch junge Menschen an den Projekten von JUST BEst teilnehmen, deren Wohnort außerhalb der antragstellenden Kommune liegt?	11
2.26	Können im Rahmen der Umsetzung des vierten methodischen Bausteins (Erprobung neuer Wohnformen) auch Notschlafstellen modellhaft erprobt werden?	11
2.27	Dürfen die Projekte auch am Bereich Schule (z. B. an Förderschulen) angegliedert sein? Oder beziehen sich die Maßnahmen nur auf junge Menschen, die aus allen institutionellen Kontexten herausgefallen sind?	11
2.28	Sind Projekte in Kooperation mit Schulsozialarbeit möglich?	11
3	Finanztechnische Fragen	12
3.1	Warum sind die ESF Plus-Kofinanzierungssätze in dieser Förderperiode (2021-2027) geringer, als in den vorherigen Förderperioden (2007-2013 und 2014-2020)?	12
3.2	Ist bei JUST BEst neben der Zuwendung aus ESF Plus-Mitteln eine ergänzende Förderung aus Bundesmitteln vorgesehen?	12
3.3	Wer kann im Programm Kofinanzierung ohne Geldfluss (Personalgestellung) einbringen?	12
3.4	Können Mittel aus dem SGB II und SGB III zur Kofinanzierung eingesetzt werden?	12

3.5	Wie werden Tarifierhöhungen in der Förderperiode berücksichtigt?	12
3.6	Was erfolgt bei Nicht-Erreichen der 1.610 Stunden und kann zusätzliches Personal eingesetzt werden?	12
3.7	Kann Case Management im vergleichbar mittleren Dienst abgerechnet werden?	13
3.8	Wie soll das jährliche AG-Brutto nachgewiesen werden, wenn bei Antragstellung noch unklar ist, wer diese Stelle besetzt? Was sind neben dem AG-Brutto für Nachweise einzureichen?	13
3.9	Wie werden die Kosten für die Finanzadministration gedeckt?	13
3.10	Ist es möglich, die maximal vorgesehenen ESF Plus Mittel pro Jahr (200.000€, für das Jahr 2022 100.000€) zu überschreiten, sofern die Maximalgrenze (1,1 Million Euro) für den gesamten Förderzeitraum nicht überschritten wird?	13
3.11	Ist es möglich, ausschließlich geldwerte Leistungen als Kofinanzierung einzubringen?	14
3.12	Können Mittel aus dem SGB IX zur Kofinanzierung eingebracht werden?	14
3.13	Können Mittel aus Stiftungen zur Kofinanzierung eingebracht werden?	14
3.14	Wird es eine ergänzende Förderung durch Bundesmittel (Bundeszuschuss) geben?	14
3.15	Erfolgt die Weiterleitung mittels Weiterleitungsvertrag oder mittels Zuwendungsbescheid?	14
3.16	Werden auch Wohnungskosten über das Programm abgedeckt?	14
3.17	Kann die Fördersumme im Antrag noch nach oben korrigiert werden?	14
3.18	Sind Mittel aus dem Bundeskinder- und –jugendplan als Kofinanzierung möglich (z. B. Jugendmigrationsdienste)?	14
3.19	Muss das für das Projekt gestellte Personal vertraglich abgeordnet werden? Und müssen diese Stellen dann nachweislich neu besetzt werden?	14
3.20	Wie sollte die tarifliche Einordnung der kommunalen Koordinierungsstelle entsprechend TVÖD-SuE sein?	15
3.21	Werden die Personalkosten auf Grundlage von Stundennachweisen abgerechnet?	15
3.22	Können für das Personal des Programms (Projektumsetzende, kommunale Koordinierungsstelle) zusätzlich Honorarkosten abgerechnet werden, wenn sie z. B. Gruppenangebote durchführen?	15
3.23	Kann eine Kofinanzierung aus §16a SGB II (Kommunales Eingliederungsmanagement) erfolgen?	15
4	Fragen zum Programm Z-EU-S	15
4.1	Funktioniert Z-EU-S auch wie beschreiben, wenn die gleich Kommune bereits darüber ein anderes ESF Plus Programm mit Mitarbeitenden in Z-EU-S angegeben hat?	15
4.2	Erfolgt über Z-EU-S auch die Finanzabwicklung?	15

1 Allgemeine Fragen

1.1 Wer darf eine Interessenbekundung einreichen?

Antragsberechtigt sind ausschließlich die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe (§§ 69, 85 ff. SGB VIII).

1.2 Wo kann die kommunale Koordinierungsstelle strukturell verankert werden?

Die Koordinierungsstelle soll vorrangig beim örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe (§§ 69, 85ff. SGB VIII) eingerichtet werden. Die Koordinierungsstelle kann auch bei einer anderen kommunalen Einrichtung angesiedelt werden, sofern die Stellen, die innerhalb der Kommune für Maßnahmen für benachteiligte junge Menschen zuständig sind, einbezogen werden. Dabei gilt Folgendes:

- Sofern ein Landkreis das Vorhaben ausschließlich für eine Stadt beantragt, kann die Koordinierungsstelle bei dieser Stadt eingerichtet werden. Wenn der Landkreis das Vorhaben in mehreren Städten umsetzt, ist die Koordinierungsstelle beim Landkreis anzusiedeln.
- Sofern eine Kommune die Jugendhilfe/-arbeit an eine städtische Gesellschaft (zum Beispiel kAöR, gGmbH, GmbH) ausgegliedert hat, kann die Koordinierungsstelle bei einer „Tochtergesellschaft“ des Antragstellers eingerichtet werden.

Wenn die Koordinierungsstelle nicht beim örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe eingerichtet wird, bedarf es einer Darstellung der Abstimmungsprozesse mit dem Jugendamt im Vorhabenkonzept.

Die Angliederung der Koordinierungsstelle bei einem freien Träger ist ausgeschlossen.

1.3 Erfolgt eine Abgrenzung des ESF Plus-Programms „JUGEND STÄRKEN: Brücken in die Eigenständigkeit“ zum neuen Programm EhAP Plus „Eingliederung hilft gegen Ausgrenzung der am stärksten benachteiligten Personen“?

Ja, eine Abgrenzung findet statt. Reicht die Kommune eine Interessenbekundung für die Zielgruppe der jungen Menschen ein, ist das BMFSFJ-Programm „JUST BEst“ gegenüber dem BMAS-Programm „EhAP Plus“ vorrangig.

Sollte ein freier Träger in derselben Kommune mit der Umsetzung eines Projektes in „JUST BEst“ betraut sein und auch Aufgaben im EhAP Plus übernehmen, so ist eine Abstimmung/Abgrenzung mit der Kommune vorzunehmen, um Überschneidungen zwischen beiden Programmen zu vermeiden.

1.4 Die Nachbetreuung junger Volljähriger, die Coming-Back-Option und der Zuständigkeitsübergang auf andere Sozialleistungsträger werden in § 41 SGB VIII n.F. als gesetzliche Leistungen beschrieben. Können die modellhafte Erprobung dieser Pflichtleistungen sowie die Entwicklung eines Handlungsrahmens vor Ort auch Inhalt des ESF Plus-Programms sein?

Ja, die modellhafte Erprobung der Leistungen bzw. Angebote nach dem neuen Kinder- und Jugendstärkungsgesetz können Teil des ESF Plus Vorhabens im Sinne eines Handlungsrahmens sein. Es muss jedoch noch ein neuer Aspekt (zum Beispiel Wohnraumunterbringung et cetera., Vernetzung

mit weiteren, gegebenenfalls neuen Partnern) hinzukommen, damit man das Angebot insgesamt als innovatives Modell sehen kann. Das ESF Plus Vorhaben kann nicht 1:1 in der Umsetzung der gesetzlichen Leistungen bestehen.

1.5 Ist es möglich am Interessensbekundungsverfahren teilzunehmen und bei Berücksichtigung auch das Antragsverfahren zu durchlaufen mit der Festlegung, dass die Maßnahme erst zu einem späteren Zeitpunkt beginnt und auch entsprechend so kalkuliert wird?

Interessierte Kommunen, die einen späteren Programmstart anstreben, werden bei der Bewertung der Interessensbekundungen gegenüber den Kommunen, die zum 01.07.2022 starten gleichrangig berücksichtigt.

1.6 Müssen alle (potenziellen) Weiterleitungsträger der Kommune über den Start des Interessensbekundungsverfahrens informiert werden?

Beim Interessensbekundungsverfahren für das ESF Plus-Programm handelt es sich um ein öffentliches Verfahren, das allen potenziellen Interessenten (nicht nur den antragsberechtigten Kommunen) zugänglich ist. Eine zwingende Notwendigkeit der Weiterleitung des Aufrufs besteht nicht.

1.7 Muss die Umsetzung der Projekte innerhalb des ESF Plus-Programms durch potenzielle Weiterleitungsträger öffentlich ausgeschrieben werden?

Die Kommune ist in der Wahl ihrer Weiterleitungsträger frei. Es handelt sich nicht um ein Ausschreibungsverfahren.

1.8 Kann das Jugendamt Teile des Vorhabens/das gesamte Vorhaben selber umsetzen?

Das Jugendamt kann Teile des Vorhabens/das gesamte Vorhaben auch selber umsetzen. Es können Weiterleitungsträger mit der Umsetzung beauftragt werden, dies ist aber nicht zwingend notwendig.

1.9 Ab wann wird das ESF Plus-Programm JUST BEst umgesetzt?

Wir planen die Umsetzung des Programms JUST BEst ab dem 01.07.2022. Der Start hängt allerdings von der Zustimmung der EU-Kommission zum Programm ab.

1.10 Welchen Konkretisierungsgrad muss das Vorhabenkonzept haben?

Das Vorhabenkonzept sollte so konkret wie möglich ausgearbeitet werden. Konzeptionelle Änderungen sind sowohl im Rahmen des Antragsverfahrens, als auch im Verlauf der Förderphase möglich.

1.11 Muss die Umsetzung des ESF Plus-Programms durch Weiterleitungsträger erfolgen?

Nein, die Kommune muss nicht mit Weiterleitungsträgern arbeiten. Sofern Kapazitäten vorhanden sind, kann sie das Vorhaben auch zu 100% selber umsetzen.

1.12 Inwieweit spielt die regionale Verteilung bei der Vergabe der Fördermittel eine Rolle?

Die regionale Verteilung spielt keine Rolle, die Qualität des Konzepts ist entscheidend.

1.13 Gibt es Überlegungen die Interventionssätze für die Regionen bzw. die Zuordnung der Städte einmal zu überarbeiten?

Auf die Zuordnung zu den Regionen (stärker entwickelte Regionen bzw. Übergangsregionen) haben wir keinen Einfluss, diese wird von der EU vorgegeben.

1.14 Wann ist mit den Zu- oder Absagen zur Interessenbekundung zu rechnen? Wann beginnt die Antragstellung?

Über die Antragstellung kann noch keine Aussage getroffen werden. Wir warten zunächst das Ende des Interessenbekundungsverfahrens ab und werden die eingereichten Interessenbekundungen anschließend auswerten.

1.15 Kann eine Fristverlängerung zur Einreichung der Interessenbekundung beantragt werden?

Die Frist für die Abgabe einer Interessenbekundung wurde bis zum 28.02.2022, 23:59 Uhr verlängert.

1.16 Wo ist eine Übersichtskarte zu den Zielregionen (SeR/ÜR) zu finden?

Eine Übersichtskarte zu den Zielregionen (SeR/ÜR) kann auf der Internetseite des Europäischen Sozialfonds (<https://www.esf.de/portal/DE/Startseite/inhalt.html>) heruntergeladen werden.

2 Fachliche Fragen

2.1 Wie ist die Zielgruppe der „entkoppelten jungen Menschen“ definiert?

Entkoppelte junge Menschen befinden sich in problematischen Lebenslagen, da sie meist aus sämtlichen institutionellen Kontexten herausfallen. Sie befinden sich weder in Schule, Ausbildung noch Erwerbstätigkeit und erhalten auch keine Leistungen nach dem SGB II. Entkoppelte junge Menschen sind zwar nicht zwangsweise von Wohnungs- oder Obdachlosigkeit betroffen, haben allerdings nur sehr niedrigschwellige institutionelle Bezüge oder gar keine – beispielsweise, weil sie nicht (mehr) erreicht werden können. Entkoppelte junge Menschen haben einen besonderen Unterstützungsbedarf auf dem Weg zu einer eigenständigen Lebensführung und bei der Unterbringung in gesicherte Wohnverhältnisse.

2.2 In welchem Alter können junge Menschen an den Angeboten von JUST BEst teilnehmen?

An den Projekten von JUST BEst können junge Menschen zwischen 14 und 27 Jahren teilnehmen.

2.3 Im Vorhabenkonzept wird unter „3. Zielwerte“ ein Outputindikator abgefragt. Sind hier nur die jungen Volljährigen zu erfassen oder die Gesamtzahl der Teilnehmenden?

Erfassen Sie im Vorhabenkonzept beim Outputindikator die Gesamtzahl der zwischen 2022 und 2027 voraussichtlich am Programm teilnehmenden jungen Menschen. Es ist nicht zwischen minder- und volljährigen jungen Menschen zu differenzieren.

2.4 Wie können Gruppenmaßnahmen in JUST BEst aussehen?

Ergänzend zu allen vier methodischen Bausteinen werden im Rahmen des Programms auch (offene und geschlossene) Gruppenmaßnahmen gefördert, sofern diese die Zielgruppe/die Zielgruppen im Rahmen des Vorhabens begleitend unterstützen. Die Gruppenmaßnahmen müssen nicht explizit beantragt werden. Diese können im Rahmen der vier methodischen Bausteine nach Bedarf zeitlich begrenzt angeboten und umgesetzt werden.

Gruppenmaßnahmen sind für die Entwicklung einer Tagesstruktur sowie einer selbstbestimmten und selbstbewussten Persönlichkeit wichtig. Sie können beispielsweise zu folgenden Themen durchgeführt werden: **Wohnen** (zum Beispiel erste eigene Wohnung, Wohnfähigkeit und Führen eines Haushaltes (Wohnführerschein), Rechte und Pflichten als Mieterin/Mieter, Miete und Nebenkosten, Umgang mit Geld/Finanzen, Versicherungen), **Stärkung sozialer Kompetenzen** (zum Beispiel Kritikfähigkeit, Eigenverantwortlichkeit /selbstständige Lebensführung), **physische und psychische Gesundheit**, Sucht, **Schulden/Schuldenfallen**, **Übergangsgestaltung in Ausbildung bzw. Beruf**, **Strukturierung und Bewältigung des Alltags**, **Behördengänge und Anträge** (zum Beispiel Beantragung eines Wohnberechtigungsscheins).

Um die jungen Menschen niedrigschwellig anzusprechen und anzubinden, können auch kreative/künstlerische Methoden genutzt werden.

2.5 Personalschlüssel

Nein, es gibt keine Vorgaben zum Personalschlüssel. Die kalkulierten Zielwerte müssen in Verbindung mit dem Vorhabenkonzept Sinn ergeben und nachvollziehbar sein.

2.6 Können bereits bestehende Projektnamen aus dem ESF-Modellprogramm „JUGEND STÄRKEN im Quartier“ im neuen ESF Plus-Programm „JUGEND STÄRKEN: Brücken in die Eigenständigkeit“ beibehalten werden?

Nein, die Nutzung von Projektnamen aus dem ESF-Modellprogramm „JUGEND STÄRKEN im Quartier“ ist nicht möglich, da dies zukünftig zu Verwechslungen mit dem neuen ESF Plus-Programm „JUGEND STÄRKEN Brücken in die Eigenständigkeit“ führen könnte.

2.7 Muss das im Projektauftrag definierte Ziel „Junge Menschen in gesicherte Wohnverhältnisse zu bringen“ in allen Vorhaben, unabhängig von der gewählten Zielgruppe, verfolgt werden?

Das Thema „Wohnen“ soll im Rahmen des Verselbständigungsprozesses der jungen Menschen in allen Vorhaben eine Rolle spielen. Dabei muss nicht primär das Ziel der Unterbringung verfolgt werden. In welcher Intensität und Umfang dieses Ziel verfolgt wird, kann von der Kommune - je nach Bedarf und Zielgruppe - flexibel gestaltet werden. Die Koordinatorinnen und Koordinatoren sollen dazu mit geeigneten Netzwerkpartnern (Wohnbaugesellschaften, Genossenschaften, kommunale Stellen, die vor Ort für Wohnungsangelegenheiten zuständig sind etc.) zusammenarbeiten.

2.8 Inwieweit findet im Förderprogramm eine Abgrenzung zu stationären Jugendhilfeleistungen in den §§34,41,42 SGB VIII statt? Hier sind Betriebserlaubnisverfahren notwendig.

Das Vorhaben ist – besonders für die Zielgruppe der Care Leaver- als „Anschlussprogramm“ zur stationären Jugendhilfe zu sehen und bedient die Betreuungsbedarfe, die sich beim Verlassen der stationären Jugendhilfe ergeben.

2.9 Welche "Förderlücken" nimmt/nahm der Fördermittelgeber in den Blick?

Die Förderlücken sind durch die Kommunen zu identifizieren; das Vorhaben orientiert sich dabei am lokalen Bedarf unter Berücksichtigung bereits vorhandener Strukturen.

2.10 Gibt es bei der kommunalen Koordinierungsstelle einen minimalen Stellenanteil?

Nein, wir haben keinen minimalen Stellenanteil festgelegt.

2.11 Kann die Tätigkeit der kommunalen Koordinierungsstelle zwischen mehreren Personen aufgeteilt werden?

Ja, eine Verteilung der Aufgaben auf mehrere Personen ist möglich.

2.12 Es gibt keine amtlichen Statistiken zu wohnungslosen jungen Menschen. Wie soll eine quantitative Darstellung im Vorhabenkonzept aussehen?

Die Kommunen können mit Schätzungen arbeiten, da es meist keine belastbaren amtlichen Statistiken zu diesem Personenkreis gibt.

2.13 Wenn das Vorhaben nur in einer Kommune innerhalb des Landkreises umgesetzt werden soll, sollen dann die Zahlen/Indikatoren für den gesamten Landkreis oder nur dieser Kommune genannt werden?

Es sollen nur Zahlen für die entsprechende(n) Kommune(n) genannt werden, in der/denen das Vorhaben umgesetzt wird. Nur für diesen Bereich werden dann auch die Förderlücken identifiziert.

2.14 Wie lange können die jungen Menschen im Rahmen des Case Managements und der Erprobung neuer Wohnformen betreut werden?

In der Regel soll eine langfristige Betreuung maximal 18 Monate erfolgen. In Einzelfällen ist eine längerfristige Betreuung möglich.

2.15 Ist im Programm auch ein Schwerpunkt auf Schulabsentismus möglich?

Die Vermeidung von Schulabsentismus ist kein Schwerpunkt des neuen ESF-Programms. Im Fokus steht die im Projekt beschriebene Zielgruppe der von Wohnungs- oder Obdachlosigkeit bedrohter junger Menschen, auch wenn in dem Kontext Schulabsentismus meist ein Thema ist. Es geht erst einmal um die Stabilisierung der persönlichen Lebenssituation und ein "Dach über dem Kopf".

2.16 Wie ist mit der erforderlichen Zustimmung der Personensorgeberechtigten bzgl. Aufnahme in das Programm umzugehen?

Sofern die Teilnehmenden minderjährig sind und nicht die erforderliche Einsichtsfähigkeit besitzen (wird ab 14 Jahren vermutet), müssen die Personensorgeberechtigten einer Teilnahme zustimmen. Die Details zur Teilnehmendendatenerfassung müssen noch abgestimmt werden.

2.17 Ist es schädlich im Vorhabenkonzept bei „Umsetzende Institution(en)“ N.N. einzutragen?

Nein.

2.18 Können auch von „Entkopplung bedrohte“ junge Menschen unterstützt werden?

Ja.

2.19 Wird es im Programm JUST BEst einen Ergebnisindikator geben, der festzulegen und zu erfüllen ist?

Nein, in JUST BEst wird es keinen Ergebnisindikator geben. Nur der Outputindikator ist festzulegen und zu erreichen.

2.20 Müssen die jungen Menschen Einwilligungserklärungen unterschreiben, um in die elektronische Fallakte aufgenommen zu werden? In der aufsuchenden Jugendsozialarbeit ist dies, aufgrund der Kürze der Betreuungsdauer, teilweise nicht möglich.

Die Details zur Teilnehmendenerfassung werden derzeit noch abgestimmt. Gehen Sie in der Kalkulation des Zielwertes zunächst davon aus, dass eine Einwilligungserklärung durch die Teilnehmenden zu unterzeichnen ist und Teilnehmende, die weniger als acht Stunden in den Projekten des Programms betreut werden, deswegen nicht in die Fallakte aufgenommen werden können. Diese zählen demnach auch nicht für die Erreichung des Zielwertes.

2.21 Kann es sein, dass der Outputindikator (Zielwert) nach Antragstellung vom BAFzA nach oben korrigiert wird?

Es ist möglich, dass Sie nach Prüfung Ihrer Interessenbekundung zur Einreichung eines Antrages aufgefordert werden unter der Auflage, dass der Outputindikator nach oben korrigiert wird oder anhand des Konzeptes nachvollziehbar zu erläutern ist.

2.22 Muss der Erstkontakt immer durch den jungen Menschen erfolgen oder können sich auch andere Personen (Eltern, Lehrkräfte etc.) an das Projektpersonal wenden?

Es ist möglich, dass Bezugspersonen eines/einer potenziellen Teilnehmenden den Erstkontakt zum Projektpersonal herstellen. Die Teilnahme am Programm muss für den jungen Menschen aber immer freiwillig sein.

2.23 Ist eine Vermittlung in das Programm durch den ASD möglich?

Die Mitarbeitenden des ASD können dem jungen Menschen die Teilnahme am Programm empfehlen und ihn/sie dorthin vermitteln bzw. zu den Projekten von JUST BEst begleiten. Die Teilnahme an den Projekten von JUST BEst muss für den jungen Menschen immer freiwillig sein.

2.24 Können, insbesondere bei minderjährigen Teilnehmenden, auch Eltern- und Familiengespräche Bestandteil der Betreuung sein?

Ja.

2.25 Können auch junge Menschen an den Projekten von JUST BEst teilnehmen, deren Wohnort außerhalb der antragstellenden Kommune liegt?

Sofern ein junger Mensch die Projekte aufsucht, dessen Wohnort außerhalb der antragstellenden Kommune liegt, sollte zunächst geprüft werden, ob in der Wohnortkommune ebenfalls ein JUST BEst-Vorhaben umgesetzt wird, oder andere spezialisierte Hilfeangebote für den jungen Menschen wohnortnah zu erreichen sind. Sofern keine anderen Hilfsangebote für den jungen Menschen vorhanden sind, kann dieser im Vorhaben betreut werden.

2.26 Können im Rahmen der Umsetzung des vierten methodischen Bausteins (Erprobung neuer Wohnformen) auch Notschlafstellen modellhaft erprobt werden?

Im Rahmen der Umsetzung des vierten methodischen Bausteins kann auch die Schaffung einer Notschlafstelle und die modellhafte Unterbringung junger Menschen in ebendieser gefördert werden, sofern hierbei ein Minimum an sozialpädagogischer Begleitung der jungen Menschen sichergestellt ist. Ziel sollte es zudem sein, die Betroffenen im Anschluss in gesicherte Wohnverhältnisse zu bringen.

2.27 Dürfen die Projekte auch am Bereich Schule (z. B. an Förderschulen) angegliedert sein? Oder beziehen sich die Maßnahmen nur auf junge Menschen, die aus allen institutionellen Kontexten herausgefallen sind?

Es können auch junge Menschen in den Projekten betreut werden, die von „Entkopplung bedroht“ sind, derzeit aber noch (eingeschränkt) erreicht werden. Ziel sollte in diesen Fällen die Abwendung der drohenden Entkopplung und die langfristige Anbindung an (Sozial-)Hilfesysteme sein. Eine Angliederung an den Bereich Schule ist demnach möglich. Wichtig ist dabei, dass – anders als im laufenden ESF-Programm „JUGEND STÄRKEN im Quartier“ – nicht mehr der Übergang von der Schule in den Beruf zentrales Element des Programms ist, sondern es vielmehr um eine ganzheitliche Unterstützung hinzu einer eigenständigen Lebensführung gehen soll (beispielsweise: Versorgung mit Wohnraum, Anbindung an Sozialleistungsträger, Sicherung des Lebensunterhalts et cetera). Die Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt ist dabei auch wichtig, aber neben anderen nur ein Element des Programms und nicht mehr so zentral wie derzeit bei JUGEND STÄRKEN im Quartier.

2.28 Sind Projekte in Kooperation mit Schulsozialarbeit möglich?

Ja.

3 Finanztechnische Fragen

3.1 Warum sind die ESF Plus-Kofinanzierungssätze in dieser Förderperiode (2021-2027) geringer, als in den vorherigen Förderperioden (2007-2013 und 2014-2020)?

Die Kofinanzierungssätze wurden auf das Niveau vor der Finanzkrise zurückgefahren. Die Kofinanzierungssätze der EU wurden im Zeitraum 2007-2013, als eine Reaktion auf die Finanzkrise, erhöht, um wesentliche Investitionen in Zeiten knapper öffentlicher Haushalte aufrechtzuerhalten. Hohe EU-Kofinanzierungssätze sind nicht mehr erforderlich und geringere Sätze fördern die Eigenverantwortung der Zuwendungsempfänger.

3.2 Ist bei JUST BEst neben der Zuwendung aus ESF Plus-Mitteln eine ergänzende Förderung aus Bundesmitteln vorgesehen?

Ob es wie im laufenden Programm JUSTiQ eine Förderung in Form eines Bundeszuschusses geben wird, ist noch offen und kann derzeit nicht beantwortet werden.

3.3 Wer kann im Programm Kofinanzierung ohne Geldfluss (Personalgestellung) einbringen?

Nur die Zuwendungsempfänger und Weiterleitungsträger. Es ist keine weitere Personalgestellung von Dritten möglich. Dritte können sich durch Kofinanzierung mit Geldfluss (z. B. Spenden, Landesmittel) am Programm beteiligen.

3.4 Können Mittel aus dem SGB II und SGB III zur Kofinanzierung eingesetzt werden?

Kofinanzierung aus Mitteln des SGB II (§ 16 f, § 16 h oder andere Vorschriften) können bei „JUST BEst“ nicht berücksichtigt werden. Sofern die Mittel aus dem SGB III kommen und damit nicht aus Mitteln des Bundes finanziert sind, sondern von der Versicherungsgemeinschaft getragen werden, ist eine Kofinanzierung zulässig.

3.5 Wie werden Tariferhöhungen in der Förderperiode berücksichtigt?

Aufgrund des langen Förderzeitraumes über 5 ½ Jahre sollen die Kosten je Einheit überprüft und dann ggfls. zum 01.01.2024 und 01.01.2026 nach den Tariferhöhungen für den öffentlichen Dienst und den aktuellen BMF-Sätzen angepasst werden.

3.6 Was erfolgt bei Nicht-Erreichen der 1.610 Stunden und kann zusätzliches Personal eingesetzt werden?

In den 1.610 produktiven Stunden sind bereits durchschnittliche Krankheits- und Urlaubstage sowie Wochenenden und Feiertage berücksichtigt. Erreicht eine Vollzeit-Beschäftigte/ein Vollzeit-Beschäftigter die 1.610 Stunden nicht innerhalb des Kalenderjahres (z. B. durch Krankheit oder Ausscheiden aus dem Projekt) verfallen die restlichen Stunden für diese Beschäftigte/diesen Beschäftigten. Die bewilligten Personalausgaben laut Antrag/Zuwendungsbescheid bleiben allerdings verfügbar für andere/neue Mitarbeitende im Vorhaben. Hierdurch kann die Kommune die volle Pauschale abrechnen.

3.7 Kann Case Management im vergleichbar mittleren Dienst abgerechnet werden?

Bei der Entwicklung der Kosten je Einheit für „JUST BEst“ wurde eine Zuordnung von Tätigkeit zu Laufbahngruppe (gemäß dem TVöD-Bund) festgelegt. So sollen Mitarbeitende in der Aufsuchenden Jugendsozialarbeit, Beratungsstellen-Personal (Clearing) und Personal für die Erprobung neuer Wohnformen mindestens vergleichbar dem Mittleren Dienst TVöD-Bund (E 5 – E 9a) und maximal vergleichbar dem Gehobenen Dienst TVöD-Bund (E 9b – E 12) eingruppiert werden. Mitarbeitende im Case Management können ausschließlich vergleichbar dem Gehobenen Dienst TVöD-Bund (E 9b – E 12) eingruppiert werden.

Da die Mitarbeitenden entsprechend ihrer Qualifikationen und Tätigkeiten entlohnt werden sollen, ist eine Abweichung der Zuordnung einer bestimmten Tätigkeit zu den oben genannten Laufbahngruppen nicht möglich. Die anspruchsvolle Tätigkeit eines Case Managers/ einer Case Managerin, der/ die über umfangreiche – auch rechtliche – Kenntnisse im Themenbereich beim Übergang der Zielgruppen in die Eigenständigkeit und auf ihrem Weg hin zu einer eigenständigen Lebensführung verfügen muss, kann nicht im mittleren Dienst bzw. der vergleichbaren Tarifgruppe E5 bis E9a ausgeübt werden.

Die Bezahlung höherer Gehälter für das Projektpersonal im Programm „JUST BEst“ befristet auf den Projektzeitraum bis Ende 2027 ist unter Beachtung der Qualifikation rechtlich möglich.

3.8 Wie soll das jährliche AG-Brutto nachgewiesen werden, wenn bei Antragstellung noch unklar ist, wer diese Stelle besetzt? Was sind neben dem AG-Brutto für Nachweise einzureichen?

Für die Prüfung des Mindestgehaltes und die Zuordnung zu den Einheitskostensätzen ist das tatsächlich gezahlte, zuwendungsfähige Arbeitgeber-Bruttogehalt (AG-Brutto) der letzten 12 Monate vor Antragstellung maßgeblich. Für Mitarbeitende, die noch keine 12 Monate bei dem Träger beschäftigt sind, und neu eingestelltes Personal, wird entsprechend das Gehalt hochgerechnet. Für die Prüfung der Zuordnung zu dem entsprechenden Einheitskostensatz müssen bei der Antragstellung einmalig Arbeitsverträge, Arbeitsplatzbeschreibungen, Personalbögen, ggfls. Personalkostenvergleichsberechnungen und Qualifikationsnachweise vorgelegt werden.

3.9 Wie werden die Kosten für die Finanzadministration gedeckt?

Personalausgaben für die Finanzadministration sowie sämtliche Sachausgaben sind über die Restkostenpauschale (22%) abgedeckt.

3.10 Ist es möglich, die maximal vorgesehenen ESF Plus Mittel pro Jahr (200.000€, für das Jahr 2022 100.000€) zu überschreiten, sofern die Maximalgrenze (1,1 Million Euro) für den gesamten Förderzeitraum nicht überschritten wird?

Die maximale Zuschusshöhe aus ESF-Mitteln für eine Förderung aus dem ESF Plus beträgt unabhängig von der Zielregion pro Vorhaben bis zu 200.000 Euro pro Jahr, im Jahr 2022 maximal 100.000 Euro. Eine niedrigere Kalkulation pro Jahr ist möglich, eine Überschreitung der jährlich vorgesehenen ESF Plus-Mittel hingegen nicht.

3.11 Ist es möglich, ausschließlich geldwerte Leistungen als Kofinanzierung einzubringen?

Die Kofinanzierung erfolgt grundsätzlich in Form von Geldleistungen, kann aber auch durch Ausgaben für Personal des Zuwendungsempfängers/ Weiterleitungsempfängers erbracht werden, das für die Mitarbeit im Projekt freigestellt ist (Personalgestellung).

3.12 Können Mittel aus dem SGB IX zur Kofinanzierung eingebracht werden?

Kofinanzierung aus Mitteln des SGB IX können bei „JUST BEst“ nicht berücksichtigt werden.

3.13 Können Mittel aus Stiftungen zur Kofinanzierung eingebracht werden?

Zulässige Drittmittel sind andere öffentliche Mittel (Landesmittel) sowie nichtöffentliche Mittel Dritter, sofern diese Mittel nicht dem ESF Plus oder anderen EU-Fonds entstammen. Somit ist eine Kofinanzierung aus Stiftungsmitteln möglich.

3.14 Wird es eine ergänzende Förderung durch Bundesmittel (Bundeszuschuss) geben?

Nein, es wird nach aktuellem Stand keine ergänzende Förderung durch den Bund geben.

3.15 Erfolgt die Weiterleitung mittels Weiterleitungsvertrag oder mittels Zuwendungsbescheid?

Die Kommune kann als öffentlich-rechtlicher Träger sowohl mittels Vertrag, als auch mittels Bescheid weiterleiten.

3.16 Werden auch Wohnungskosten über das Programm abgedeckt?

Nein, im Programm JUST BEst werden nur Personalkosten für die sozialpädagogische Begleitung der jungen Menschen und eine Restkostenpauschale in Höhe von 22% gefördert.

3.17 Kann die Fördersumme im Antrag noch nach oben korrigiert werden?

Die detaillierte Planung der benötigten Fördermittel erfolgt erst im Rahmen des Antragsverfahren. Somit ist es möglich, die Fördersumme zu erhöhen oder zu verringern.

3.18 Sind Mittel aus dem Bundeskinder- und -jugendplan als Kofinanzierung möglich (z. B. Jugendmigrationsdienste)?

Eine Kofinanzierung aus anderen Programmen ist nicht möglich, eine Kooperation mit den Umsetzern anderer Programme (zum Beispiel den Jugendmigrationsdiensten) aber schon.

3.19 Muss das für das Projekt gestellte Personal vertraglich abgeordnet werden? Und müssen diese Stellen dann nachweislich neu besetzt werden?

Das Personal muss für das Vorhaben abgeordnet bzw. freigestellt werden. Eine Nachbesetzung der Stellen muss nicht nachgewiesen werden.

3.20 Wie sollte die tarifliche Einordnung der kommunalen Koordinierungsstelle entsprechend TVÖD-SuE sein?

Koordinierungsstellen-Mitarbeitende sollen mindestens vergleichbar dem Gehobenen Dienst TVÖD-Bund (E 9b – E 12) und maximal vergleichbar dem Höheren Dienst TVÖD Bund (E13 – E 15) eingruppiert werden, was einer Einordnung entsprechend TVÖD-SuE S 11b bis S 18 entspricht.

3.21 Werden die Personalkosten auf Grundlage von Stundennachweisen abgerechnet?

Ja, für jeden Mitarbeitenden ist im Mittelabruf ein Stundennachweis einzureichen.

3.22 Können für das Personal des Programms (Projektumsetzende, kommunale Koordinierungsstelle) zusätzlich Honorarkosten abgerechnet werden, wenn sie z. B. Gruppenangebote durchführen?

Nein. Fest angestelltes Personal beim Zuwendungsempfänger oder Weiterleitungsträger kann nicht zusätzlich als Honorarkraft abgerechnet werden.

3.23 Kann eine Kofinanzierung aus §16a SGB II (Kommunales Eingliederungsmanagement) erfolgen?

Sofern vorgesehen ist, aus §16a SGB II finanziertes Personal für eine Tätigkeit in JUST BEst freizustellen (kommunale Mittel), kann dieses als Kofinanzierung ohne Geldfluss (Personalgestellung) in das Programm JUST BEst eingebracht werden. Anderweitig ist eine Kofinanzierung aus dem SGB II (hier: §16a) nicht möglich.

4 Fragen zum Programm Z-EU-S

4.1 Funktioniert Z-EU-S auch wie beschreiben, wenn die gleich Kommune bereits darüber ein anderes ESF Plus Programm mit Mitarbeitenden in Z-EU-S angegeben hat?

Ja, in diesem Fall müssen die für JUST BEst zuständigen Mitarbeitenden in der Nutzendenverwaltung registriert werden und ebenfalls das Programm und die Rechte zugeordnet werden. Dann ist die Erstellung einer Interessenbekundung möglich.

4.2 Erfolgt über Z-EU-S auch die Finanzabwicklung?

Ja, das gesamte Förderverfahren (IBK, Antrag, Mittelabrufe, Zwischennachweise etc.) wird über Z-EU-S abgewickelt.